

Wahlprogramm für die Kommunalwahl 2006

Mit dem Motto „*Weniger Partei. Mehr Mensch.*“ starten die Bürger für Rodgau – FWG in den Wahlkampf 2006. Die unsoziale, einseitige, familien- und jugendfeindliche Politik der FDP-/CDU-Kooperation der letzten 5 Jahre muss ein Ende haben. Mit mittlerweile über 30 Mio. Euro Schulden – von CDU und FDP in vielen Teilen verursacht – befindet sich Rodgau klar in einer Abwärtsspirale! Für eine vernünftige, sachliche und bürgernahe Politik wählen Sie die Bürger für Rodgau – FWG!

Bürger für Rodgau - FWG für eine moderne Verwaltung und eine stärkere Bürgerbeteiligung

- **Weiterentwicklung der Verwaltung zum modernen Dienstleistungsbetrieb „Stadt Rodgau“**
Um die städtische Verwaltung bürgernäher und effektiver zu gestalten muss sie weiterentwickelt werden, hin zu einem modernen Dienstleistungsbetrieb. So sollten die Bürger und Firmen Anträge und Anfragen in allen Bereichen der Verwaltung vollständig online über das Internet abwickeln können – natürlich parallel zu den bisherigen Abwicklungsmöglichkeiten per Post und Telefon (sog. „E-Government“). Dies würde auch den Verwaltungsaufwand reduzieren. Zugleich sollte eine Ausweitung des städt. Dienstleistungsangebotes geprüft und umgesetzt werden.
- **Städtische Politik transparenter für die Bürgerinnen und Bürger gestalten**
Politische Entscheidungen und Diskussionen müssen für die Bürgerinnen und Bürger besser ersichtlich und greifbarer sein. So sollten z.B. alle Einladungen und Protokolle von öffentlichen Sitzungen der städt. Gremien im Internet abrufbar und damit besser erreichbar sein.
- **Stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Entscheidungsprozesse**
Die städtische Politik muss bürgernäher gestaltet werden, sodass in politische Entscheidungsprozesse nicht nur die Parteien, sondern auch die Bürger direkt eingebunden werden.
So fordern wir u.a. die Einführung einer Sprechstunde für Bürgerinnen und Bürger vor der Stadtverordnetenversammlung und regelmäßige Informations- bzw. Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen und wichtigen Themen!

Bürger für Rodgau - FWG für solide Finanzen

- **Verkleinerung des hauptamtlichen Magistrates**

Wir fordern die Streichung der Stelle der ersten hauptamtlichen Stadträtin, denn angesichts von über 30 Millionen Schulden der Stadt Rodgau muss auch die Verwaltung notwendige Einsparungen treffen – und zwar nicht nur auf dem Rücken der städt. Beschäftigten, sondern auch in den Reihen der hauptamtlichen Politiker! Daher darf die ab Ende Juni 2006 unbesetzte Stelle der 1.Stadträtin nicht wiederbesetzt werden!

Unseres Erachtens könnte ein hauptamtlicher Dezernent gemeinsam mit Bürgermeister Alois Schwab (CDU) problemlos die Verwaltung leiten und die Arbeit der drei jetzigen Dezernate überwachen! Schließlich gibt es genug Amtsleiter, durch die der Magistrat entlastet wird!

- **Ortsbeiräte abschaffen**

Angesichts der Tatsache, dass die Ortsbeiräte nur ein sehr geringfügiges Mitspracherecht besitzen (neben dem Recht zu bestimmten Themen Stellung zu nehmen, dürfen sie fast nur Straßennamen bestimmen) und davon zudem auch nur selten Gebrauch gemacht wird, ist eine Abschaffung der Ortsbeiräte aus unserer Sicht mehr als sinnvoll und auch längst überfällig. Schließlich werden alle wichtigen Entscheidungen im Stadtparlament getroffen, das von den verschiedenen Ortsteilen nicht soweit entfernt ist, dass es keine sinnvollen Entscheidungen treffen könnte. Außerdem sitzen in den Ortsbeiräten oft die gleichen Politiker wie im Stadtparlament, was diese noch unsinniger macht.

In Anbetracht der finanziellen Situation Rodgaus ist zudem die Einsparung von mehreren hundert Euro Sitzungsgeldern je Ortsbeiratssitzung (je Stadtteil) ein weiteres gutes Argument für die Abschaffung.

Um dennoch einen Ansprechpartner für örtliche Belange zu haben, sind wir ersatzweise für einen ehrenamtlich tätigen Ortsvorsteher, der bei den Kommunalwahlen direkt gewählt wird.

- **Neustrukturierung der Vereinsförderung**

In der jetzigen finanziellen Situation der Stadt muss die durchaus sinnvolle Vereinsförderung überdacht und neu gestaltet werden. Pauschalisierte Förderungen z.B. für große Sporthallen oder eine Mitfinanzierung der Umsiedlung von Sportplätzen sind nicht mehr finanzierbar und müssen klar beschränkt bzw. abgeschafft werden. Stattdessen muss die Förderung stärker am Angebot der jeweiligen Vereine orientiert werden. Soziale und in der Jugendarbeit tätige Vereine sind so stärker zu fördern als bislang – unter Berücksichtigung der städtischen Finanzen (siehe Stichwort Sozialpolitik).

- **Neue Ideen für einen ausgeglichenen Haushalt**

Da unter den jetzigen Bedingungen mittel- und langfristig keine finanzielle Trendwende für die Kommunen zu erwarten ist, müssen Fraktionsübergreifend und in einem offenen Dialog mit Vereinen, Organisationen und Bürgern neue Wege und Lösungen gefunden werden, um den Rodgauer Haushalt auf Dauer auszugleichen und Schulden abzubauen. **So könnten auch z.B. durch die verstärkte Zusammenarbeit mit Nachbar-Kommunen die Kosten u.a. im Friedhofwesen verringert werden.**

- **Prüfung der Privatisierung von städtischen Leistungen**

In allen Bereichen in denen städtische Leistungen durch private Unternehmen bei gleicher Qualität kostengünstiger abgewickelt werden können, sind diese Aufgaben zu privatisieren.

- **Konsequente und weitere zügige Umsetzung der Budgetierung in der gesamten Verwaltung, sowie Verbesserung des Controllings**

Bürger für Rodgau - FWG für ein soziales, familien- und jugendfreundliches Rodgau

- **Jugendeinrichtungen dauerhaft erhalten**

Um auch Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien eine Aufenthaltsmöglichkeit zu bieten und diese bei ihren Problemen zu beraten und zu unterstützen müssen die drei städtischen Jugendeinrichtungen in Dudenhofen, Jügesheim und Weiskirchen dauerhaft erhalten bleiben. Gleichzeitig muss die Zusammenarbeit unter den Einrichtungen weiter ausgebaut und die Arbeit besser aufeinander abgestimmt werden. Das städtische Konzept der Jugend- und Sozialarbeit muss in wesentlichen Teilen verbessert und dauerhaft fortgeschrieben werden. Denn die derzeitige Doppelbelastung von Sozialarbeitern, die gleichzeitig in den Jugendeinrichtungen und in den Schulen tätig sind, ist in dieser Art nicht weiter tragbar.

- **Ausbau der Schulsozialarbeit (mehr Gewaltprävention)**

In der heutigen Zeit ziehen sich Eltern zunehmend aus ihrer Erziehungsverantwortung zurück und überlassen dies mehr und mehr dem Freundeskreis und der Schule – nicht selten aus Gründen, für die diese Eltern selbst nur wenig können. Dies führt neben anderen gesellschaftlichen Problemen der heutigen Zeit dazu, dass die sozialen Probleme an den Schulen stetig zunehmen und Schulleitungen bzw. Lehrer immer stärker belastet werden, womit die Unterrichtsqualität häufig abnimmt. Denn Drogen und Gewalt sind längst keine Probleme mehr, die nur Großstädte betreffen - auch die Schulen „auf dem Land“, wie z.B. in Rodgau sind mittlerweile tagtäglich damit konfrontiert.

Die derzeit eingesetzten Schulsozialarbeiter sind heute bereits oftmals überlastet und können die Lehrer nur noch eingeschränkt unterstützen. Daher ist der Ausbau der Jugend- und Sozialarbeit und damit auch der Gewaltprävention dringender notwendig als vieles Anderes. Bestehende Konzepte zur Gewaltprävention müssen außerdem u.a. in den Schulen und Kindergärten umgesetzt werden.

Dabei muss natürlich die finanzielle Situation der Stadt berücksichtigt werden, aber wenn wir an unserer Jugend sparen, sparen wir an unserer Zukunft!

- **Mehr Mitspracherecht für den städtischen Kinder- und Jugendbeirat**

Um in die Rodgauer Kommunalpolitik auch stärker als bislang die Belange der hier lebenden Kinder und Jugendlichen mit einfließen zu lassen, müssen dem städtischen Kinder- und Jugendparlament mehr Möglichkeiten zur Mitsprache gegeben werden, als bisher. Die jetzigen Befugnisse sind absolut unzureichend - die Hauptsatzung und Geschäftsordnung sollten auf jeden Fall u.a. ein Anhörungsrecht im Stadtparlament beinhalten!

Diese Maßnahmen dienen auch dazu, Jugendliche stärker für die Kommunalpolitik zu interessieren und zum Mitgestalten zu bewegen.

- **Ausbau der Vereinsförderung für soziale Vereine, die Kinder- und Jugendarbeit leisten (ohne Parteibrille)**

Ohne die zahlreichen Rodgauer Vereine mit vielen ehrenamtlichen Helfern und Jugendbetreuern wäre das Freizeitangebot für Kinder- und Jugendliche miserabel. Um deren Arbeit stärker zu fördern und dauerhaft zu erhalten, muss die finanzielle Förderung dieser Vereine erhöht werden.

Dabei dürfen bestimmte, der Politik nahe stehende Vereine nicht bevorzugt werden!

- **Beibehaltung einer ausreichenden Zahl von Kinderbetreuungsplätzen**
Um für berufstätige Eltern die Gründung einer Familie attraktiv zu gestalten und natürlich auch um allein erziehende Eltern zu unterstützen, ist ein bedarfsdeckendes Angebot von Kinderbetreuungsplätzen notwendig!

Bürger für Rodgau - FWG zum Thema Wirtschaftsförderung

- **Arbeitsplätze schaffen durch die Ansiedlung von Dienstleistungsbetrieben und Speditionen**
Der Standort Rodgau muss dauerhaft für Unternehmen attraktiv gestaltet werden, auch um den städt. Haushalt mittelfristig mit steigenden Gewerbesteuerereinnahmen zu entlasten.
Dabei sind bevorzugt Dienstleistungsbetriebe anzusiedeln, was aber nicht sehr realistisch für den Standort Rodgau ist, angesichts vieler frei stehenden Büros im Raum Frankfurt. Daher sollten sich auch Speditionen in Rodgau niederlassen können, für die Rodgau wegen der idealen Anbindung an Fernstraßen sehr attraktiv ist. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Unternehmen nur dort platziert werden, wo eine direkte Verbindung zu den Fernstraßen gegeben ist und der innerörtliche Verkehr sowie die Ruhe in den Wohngebieten in keiner Weise beeinträchtigt wird.
Mit steuerlichen Erleichterungen sollte die Ansiedlung zudem gefördert werden.
- **Einführung eines modernen Stadtmarketings**
Mit einem modernen Stadtmarketing auf Messen und im Internet kann für den Standort Rodgau stärker geworben werden, was die Ansiedlung von neuen Betrieben fördern wird.
- **Durch Zusammenarbeit mit örtlichen Organisationen darauf hinarbeiten, die einheimische Wirtschaft wirkungsvoll zu unterstützen**
- **Organisation von Gewerbemessen**
Die bislang stattgefundenen Gewerbemessen waren immer ein Erfolg, auch als Werbung für den Standort Rodgau und sind auf großes Interesse gestoßen. Daher sollten diese Messen in Zukunft regelmäßig wiederholt werden.

Bürger für Rodgau – FWG für eine Sicherung des örtlichen Brandschutzes

- **Bau eines neuen Feuerwehrhauses im Rodgauer Norden**
Die beiden maroden Feuerwehrhäuser in Jügesheim und Hainhausen müssen durch einen gemeinsamen Neubau zwischen den beiden Ortsteilen in der Nähe der B45-Anschlussstelle Jügesheim/Hainhausen (östlich der Bahnlinie) ersetzt werden. Inwieweit der derzeit geplante Neubau diesen Zweck erfüllt, muss erneut geprüft werden. Die Realisierung des Neubaus wird etwas Zeit in Anspruch nehmen, deshalb sollten die dringendsten baulichen Mängel an den alten Feuerwehrhäusern kurzfristig behoben werden.
Da mit dem neuen Feuerwehrhaus der Standort Weiskirchen aus unserer Sicht in Gefahr ist, muss dessen Zukunft von vornherein mit in die Überlegungen eingebunden werden. Auf keinen Fall darf langfristig die Auflösung der Weiskircher Wehr riskiert werden.
Eine endgültige Lösung sollte mit den betroffenen Feuerwehren offen diskutiert werden.
- **Beschluss des Bedarf- und Entwicklungsplanes**
Unabhängig vom Feuerwehrhausneubau im Rodgauer Norden muss der

Bedarf- und Entwicklungsplan baldmöglichst nach Prüfung beschlossen werden, um den örtlichen Brandschutz auf Dauer sicher zu stellen. Zuvor sollte auch hier ein offener Dialog mit den einzelnen Feuerwehren stattfinden.

Bürger für Rodgau – FWG für mehr Sicherheit

Die in der Vergangenheit bis heute oftmaligen Beschädigungen von privatem und öffentlichem Eigentum, z.B. durch Besucher von Diskotheken, sind nicht weiter hinnehmbar! Das nicht seltene Wegschauen von Ordnungskräften und Bürgern muss aufhören, die Courage gefördert werden!

Bürger für Rodgau – FWG für eine sinnvolle Stadtpolitik

- **Vorerst keine Erschließung der geplanten Neubaugebiete Forchheimer See und das Gebiet zwischen Rodgau-Ringstr., Jügesheim und Hainhausen (westlich der Bahnlinie)**
Da mit einer Neuerschließung dieser Gebiete erhebliche Kosten verbunden wären, sollte dies so lange wie möglich vermieden werden.
Zuvor sollten erstmal die noch vorhandenen Baulücken in Rodgau geschlossen werden.
Insgesamt ist eine behutsame und schrittweise Entwicklung der vorhandenen Baulandreserven, unter Beachtung von ökologischen, zukunftsorientierten und städtebaulichen Gesichtspunkten notwendig.
- **Zusammenfassung aller städtischen Gebäude und Liegenschaften unter einem einheitlichen und sinnvollen "Facility Management"**
Um eine bessere Kosten- und Nutzentransparenz zu erhalten und somit Kosteneinsparungen sowie eine verbesserte Substanzerhaltung des städtischen Vermögens zu erreichen, ist eine Bewirtschaftung des Gebäudebestandes in privaten Händen (PPP) zu prüfen und ggf. umzusetzen

Bürger für Rodgau - FWG - für vernünftigen Straßenverkehr

- **Vernünftiges Mit- und Nebeneinander von Öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) und Individualverkehr**
Um dies zu erreichen, ist ein neues Konzept für den städtischen Verkehr zu erarbeiten und umzusetzen.
- **Attraktiver und aufeinander abgestimmter ÖPNV (S-Bahn und Buslinien, keine Geisterbusse)**
Der ÖPNV ist ein wichtiger Bestandteil des örtlichen Verkehrssystems und für seine Nutzung muss mehr geworben werden. Es nicht akzeptabel, dass leere oder fast leere Busse tagtäglich durch Rodgau fahren und damit vollkommen unwirtschaftlich sind. Nach einer umfassenden Bedarfserhebung ist daher der ÖPNV anzupassen.
- **Weiterbau der Rodgau-Ring-Straße**
Die Verlängerung der Rodgau-Ring-Straße von Hainhausen nach Weiskirchen ist umzusetzen, auch um den innerstädtischen Verkehr weiter zu entlasten
- **Kein wildes Bauen von Kreiseln mehr**
Funktionierende Ampelkreuzungen müssen nicht durch Kreisel ersetzt werden, sondern sollten beibehalten werden – vor allem aus Kostengründen. Kleine innerörtliche Kreisel, wie z.B. in Jügesheim machen keinen Sinn und sind zu

unterbinden.

- **Erstellung eines Straßenzustandskatasters zur baulichen Unterhaltung des örtlichen Straßennetzes**
Die örtlichen Straßen müssen saniert werden, um den straßenbaulichen Verfall in Grenzen zu halten. Um dies besser koordinieren können, schlagen wir die Einführung eines Straßenzustandskatasters vor.
- **Beibehaltung des konsequenten innerstädtischen Durchfahrtsverbotes für den Schwerlastverkehr, mit strikter polizeilicher Überwachung**
- **Fortsetzung des konsequenten Ausbaus des Radwegenetzes mit Anschluss an die überörtlichen Radwegeverbindungen.**